



Einer von uns  
Einer für uns

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

**Alexander Ulrich MdB**

## **BERLIN INFO für die Woche vom 3.-7.6.2019**

Debatten zur EU-Wahl

Entschließungsantrag - Nordatlantikvertrag

Antrag - Fracking in Deutschland ohne Ausnahmen verbieten

Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages

Meine Rede zu Nord Stream II

Antrag - Rentenbesteuerung vereinfachen

Antrag - Sozialstaat stärken - Hartz IV sofort auf 582 Euro erhöhen

Mehrere Namentliche Abstimmungen

Anträge zur Einwanderungspolitik und zur Öffnung des Arbeitsmarktes

### **Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.**

Das Ergebnis für DIE LINKE bei der EU-Wahl ist leider alles andere als zufriedenstellend. Aus diesem Grund gab es in dieser Woche intensive Debatten innerhalb der Fraktion. Klar ist, wir können jetzt nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren, sondern müssen konstruktive Strategiegespräche darüber führen, wie wir unsere gemeinsame politische Arbeit in Zukunft erfolgreicher gestalten können. Diese Debatte müssen wir in Partei und Fraktion führen!

*Entschließungsantrag - Nordatlantikvertrag* - In dieser Woche hat DIE LINKE einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem sie die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zu dem Beitrittsprotokoll über den Nato-Beitritt Nordmazedoniens zurückzuziehen und sich im Nordatlantikrat gegen die Aufnahme des Landes und gegen eine weitere Osterweiterung der Nato auszusprechen. [[Entschließungsantrag](#)]

*Antrag - Fracking in Deutschland ohne Ausnahmen verbieten* - Im vereinfachten Verfahren wurde am Donnerstag ein Antrag der Linksfraktion zum Thema Fracking beraten. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zum Fracking-Verbot vorzulegen. [[Antrag](#)]

*Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages* - Erneut hat es die AfD nicht geschafft, ihren Kandidaten als Stellvertretenden Bundespräsidenten durchzusetzen. Auch ich habe dagegen gestimmt.

*Meine Rede zu Nord Stream II* - In der Aktuellen Stunde am Donnerstag habe ich eine Rede zum russischen Gaspipelineprojekt Nord Stream II gehalten. Es ist eine Schande, dass Bundesregierung und EU sich von der US-Sanktions- und Erpressungspolitik gegen North Stream 2 einschüchtern lassen und Trumps Machtinteressen willfährig erfüllen, indem sie ihn sein klimaschädliches und teures LNG auf dem europäischen Markt absetzen lassen. [[Rede](#)]

*Antrag - Rentenbesteuerung vereinfachen* - In diesem Antrag fordert DIE LINKE. die Bundesregierung unter anderem auf, den steuerlichen Grundfreibetrag von heute 9.168 Euro

auf 12.600 Euro anzuheben. Das würde viele kleine Renten komplett von der Steuerpflicht befreien. Außerdem soll die „nachgelagerte Rentenbesteuerung“ nicht schon 2040, sondern erst 2070 abgeschlossen werden. [[Antrag](#)]

*Antrag - Sozialstaat stärken - Hartz IV sofort auf 582 Euro erhöhen* - Am Freitag stand ein Antrag Linksfraktion auf der Tagesordnung, in dem wir eine deutliche Erhöhung von Hartz IV und Sozialhilfe fordern. Eine Umbenennung von Hartz IV reicht nicht. Vielmehr darf das Existenzminimum von 4,5 Millionen Betroffenen nicht länger kleingerechnet werden. DIE LINKE unterstützt deshalb als einzige Fraktion konkret die Forderung von Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft nach einer Erhöhung. [[Antrag](#)]

*Mehrere Namentliche Abstimmungen* - Die Bundesregierung hat in dieser Woche im Schnelldurchlauf mehrere Gesetzesentwürfe zur namentlichen Abstimmung gebracht. Wir finden dieses Verfahren völlig inakzeptabel. Die vorgelegten Gesetzesentwürfe, wie z.B. zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Geordnete-Rückkehr-Gesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz, bedürfen weitaus mehr Beratungszeit als nur eine Woche, da sie schwere Eingriffe in die Grundrechte zur Folge haben. Gemeinsam mit den Grünen forderte DIE LINKE daher, leider ohne Erfolg, diese Abstimmungen wieder von der Tagesordnung zu nehmen. Wir haben diese Gesetzesentwürfe abgelehnt.

*Anträge zur Einwanderungspolitik und zur Öffnung des Arbeitsmarktes* - DIE LINKE hat dazu zwei eigene Anträge eingebracht. In dem ersten Antrag fordern wir eine „offene, menschenrechtsbasierte und solidarische Einwanderungspolitik“. [[Antrag](#)] Im zweiten Antrag fordert DIE LINKE, den Gesetzesentwurf der Bundesregierung dahingehend zu ändern, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes für Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union nach dem Grundsatz „Gute Arbeit für alle“ erfolgt. [[Antrag](#)]

Ich wünsche Euch allen ein sonniges Wochenende!

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander